

Redebeitrag zur Protestaktion gegen Abschiebungen, 26.4.2019, Tübingen, Karlstrasse

Habt ihr was gemerkt? Das Thema Flüchtlingspolitik verschwindet zunehmend von der Agenda der Regierenden und aus den Schlagzeilen der Medien. Interessanterweise passiert das zu einer Zeit, in der die EU schamloser denn je mit afrikanischen Despoten und der sog. Küstenwache von Libyen paktiert, um Flüchtlinge statt Fluchtursachen zu bekämpfen. Damit es möglichst wenig Flüchtlinge nach Europa und nach Deutschland schaffen, soll das Sterbenlassen im Mittelmeer und der Wüste weitergehen. Interessanterweise passiert das zu einer Zeit, in der Obergrenzenminister Seehofer das übelste aller bisher dagewesenen Abschiebungsgesetze verabschieden will. Es mag vielleicht gut sein, wenn in Wahlkampfzeiten andere Themen im Vordergrund stehen. Wir werden uns aber dafür stark machen, dass die Kritik an der gegenwärtigen Flüchtlingspolitik nicht verstummt. Und dabei werden wir uns nicht damit zufrieden geben, dass alle ein bisschen gegen die AfD sind und sonst ist alles paletti.

Gestern fand die 23. Sammelabschiebung der Bundesregierung nach Afghanistan statt. Wieder wurden 30 Personen in dieses von Krieg, Terror und humanitärem Elend gebeutelte Land abgeschoben. Damit wurden seit Beginn dieser Sammelabschiebungen im Dezember 2016 bisher über 550 Menschen nach Afghanistan abgeschoben. Und für diese Abschiebungen scheut unsere Regierung auch keine Kosten. Gegen diesen Abschiebewahnsinn, den auch die SPD weiter mitmacht, wehren wir uns und setzen uns für das Bleiberecht aller afghanischer Flüchtlinge ein.

Unser grüner Oberbürgermeister Boris Palmer, der insbesondere zum Thema Flüchtlinge die Anti-Flüchtlingsstimmung in der Bevölkerung angeheizt hat, hat vor, ein neues Buch zu schreiben. Das Credo dieses Buches lautet offenbar: Fakten statt Stimmungen. Wir sind gespannt, was für neue Fakten Herr Palmer auf Lager hat! Zu Afghanistan liegen die Fakten schon lange komplett auf dem Tisch. Unsere Bundesregierung, allen voran Obergrenzenminister Seehofer, will diese Fakten aber komplett ignorieren. Wider besseren Wissens sollen weiter Abschiebungen auch nach Afghanistan durchgezogen werden. Begründet wird das zynischerweise auch noch damit, dass der Rechtsstaat durchgesetzt werden müsse. Abschiebungen = Rechtsstaat, das hört sich für mich nach George Orwell an. Abschiebungen in Krieg, Terror und humanitäres Elend sind Menschenrechtsverletzungen, sie sind ein Spiel mit dem Recht auf Leben.

Ich werde jetzt hier die Fakten zu Afghanistan und zum Schutzbedarf von Afghanischen Flüchtlingen nicht im Einzelnen vortragen. Hierzu sei Herrn Seehofer und anderen einfach mal die Lektüre der Richtlinien des UNHCR zum internationalen Schutzbedarf afghanischer Asylsuchender vom August 2018 empfohlen. Die erste flüchtlingspolitische Nebelkerze, die Horst Seehofer im Krisensommer 2018 losgelassen hat, war ja der angebliche Skandal um die BAMF-Außenstelle in Bremen, wo das BAMF angeblich massenhaft zu Unrecht Asylanerkennungen für jesidische Flüchtlinge aus dem Irak zugesprochen hat. Im Nachhinein hat sich ja herausgestellt, dass an den Vorwürfen schlicht nichts dran war. Der eigentliche BAMF-Skandal ist nach wie vor, dass über die Hälfte aller Asylsuchenden aus Afghanistan vom BAMF abgelehnt werden und diese Menschen mit Abschiebung bedroht werden. Die meisten afghanischen Flüchtlinge müssen sich, so auch sehr viele hier aus dem Kreis Tübingen, mühselig über die Gerichte und hohe Anwaltskosten ihr Bleiberecht erkämpfen. Aber die meisten sind dabei erfolgreich. Im Jahr 2018 haben die Verwaltungsgerichte über 61 Prozent der Asylentscheidungen des BAMF zurückgenommen und Anerkennungen für die afghanischen Geflüchteten zugesprochen. Der eigentliche BAMF-Skandal ist also, dass nach wie vor massenhaft Ablehnungen mit zum Teil an den Haaren herbeigezogenen Begründungen ausgesprochen werden, obwohl die Betroffenen einen eindeutigen Schutzbedarf haben. Und warum ist das so? Es ist wegen der negativen Stimmung in der Bevölkerung gegen Flüchtlinge. Eine Stimmung, die nicht von der AfD erzeugt wurde, sondern von denen, die dieses unser Land regieren.

Wir werden uns weiterhin zusammen mit vielen anderen Menschen in Deutschland dafür einsetzen, dass niemand nach Afghanistan abgeschoben wird.